



Ausgabe 08/2012

19. Dezember 2012

## Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern

Interview mit MdL Dr. Florian Herrmann (CSU)

Bei der Polizei klappt es einfach...



MdL Dr. Herrmann (hier links im Bild mit Landesredakteur Bernd Fink) empfing die Redaktion der Deutschen Polizei im Bayer. Landtag zum Interview. Der innenpolitische Sprecher der CSU-Fraktion nahm dabei u.a. Stellung zur Polizeireform, die wir in der dieser Green News-Ausgabe beleuchten wollen. Das komplette Interview erscheint in der Februar-Ausgabe der Deutschen Polizei.

**DP: Sie sind jetzt mittlerweile seit einem Jahr innenpolitischer Sprecher der CSU-Fraktion und stv. Vorsitzender des Ausschusses für kommunale Fragen und innere Sicherheit. Wie sind Sie eigentlich zum Thema Polizei gekommen?**

Herrmann: Ich bin jetzt seit 2008 im Landtag und damals in den Innen- und in den Rechtsausschuss gekommen. Ich habe mich schnell in die Arbeit des Innenausschusses eingearbeitet, wobei ich eine hohe Affinität zu den Polizeithemen entwickelt habe. Als MdL Christian Meißner

**V.i.S.d.P.:**

Gewerkschaft der Polizei  
Landesbezirk Bayern  
Satz und Layout: Bernd Fink  
E-Mail: fink@gdpbayern.de  
Telefon: 089/578388-50  
Telefax: 089/578388-9050

[www.gdpbayern.de](http://www.gdpbayern.de)

Gewerkschaft der Polizei  
Landesbezirk Bayern  
Hansastraße 17, 80686 München

dann Landrat in Lichtenfels wurde, habe ich mich um seine Nachfolge beworben und bin dann fraktionsintern gewählt worden. Es ist eine tolle Aufgabe, mit einer großen Bandbreite an Themen. Auch die Arbeit mit den Kommunen finde ich nicht zuletzt aufgrund meines Mandats im Freisinger Kreistag sehr spannend. Mittlerweile habe ich alle Präsidien, zahlrei-

che KPIs, VPIs, Pls, Bereitschaftspolizeiabteilungen und das Fortbildungsinstitut in Ainring besucht. Ich habe versucht möglichst präsent zu sein, um meine neue Aufgabe mit Leben zu füllen.

**DP: Haben Sie schon persönliche Erfahrungen mit der Bayer. Polizei gemacht?**

Herrmann: Ich bin einmal erkenntnisdienlich erfasst worden. Dabei ging es um einen anonymen Drohbrief an einen meiner Parteikollegen. Diesen Brief hatte ich in Händen gehabt und daher mussten meine Fingerabdrücke ausgeschlossen werden. Ansonsten habe ich nur in meiner Arbeit als Rechtsanwalt Erfahrungen mit der Polizei gemacht. Gestern hatte ich einen Informationsbesuch beim kriminaltechnischen Institut im Landeskriminalamt; dabei ist mir wieder deutlich geworden: Straftaten sollte man gar nicht erst überlegen, weil die Profis vom

LKA allen auf die Schliche kommen! Natürlich fahre ich in meinem Stimmkreis öfter mit auf Streifenfahrten. Wichtig ist für mich, mit allen Ebenen der Polizei ins Gespräch zu kommen und sich auszutauschen.

**DP: Viele Kolleginnen und Kollegen sind immer noch missmutig gegenüber der Polizeireform. Die Staatsregierung sieht sich durch den Evaluationsbericht bestätigt. Es hieß, die Polizei wird billiger und besser, und es käme mehr Personal auf der Straße an. Tatsächlich sind wohl kaum mehr Polizeibeamte auf den Basisdienststellen angekommen. Was entgegnen Sie den Reform-skeptikern?**

Herrmann: Die Evaluierung hat die Aufgabe gehabt zu prüfen, ob die Ansprüche an die Reform, die man gehabt hat, erfüllt wurden. Wenn ich im oberen Bereich eine Ebene wegnehme, kann man nicht erwarten, dass unten automatisch ein Vielfaches davon unmittelbar im Streifen-dienst ankommt. Es gibt wahrlich gute Dinge, die aus der Reform erwachsen sind. Da sind der Kriminaldauerdienst, der wirklich eine sehr breite Akzeptanz erfährt sowie die neuen modernisierten Einsatzzentralen. Natürlich ist eine solch komplexe Organisation wie die Polizei angesichts der aktuellen Herausforderungen immer ein System, das in Bewegung bleiben muss. Was ich mitgenommen habe: man braucht keine grundlegende Reform der Polizei, allenfalls immer wieder einzelne Verbesserungen.

Es gab nun immerhin 1.000 neue Stellen, was ja nicht wenig ist. Man muss sich nur mal die Koalitionsverträge von manch anderen Bundesländern und die Rolle der Polizei darin, im Vergleich zu Bayern, anschauen, um den hohen Stellenwert der Polizei in Bayern zu begreifen. Außerdem profitieren wir im Innen-



## Interview mit MdL Dr. Florian Herrmann (CSU), Fortsetzung

ausschuss stark von der persönlichen Berufserfahrung zweier ehemaliger Polizisten, von den Kollegen Manfred Ländner und Harald Schneider, dem ehemaligen GdP-Landesvorsitzenden. Die Bayerische Polizei ist in meinen Augen sehr gut aufgestellt. Würde man bei der Verteilung der 1.000 Stellen nur belastungsorientiert vorgehen, würde logischerweise die eine oder andere Dienststelle auf dem Prüfstand stehen, was aber nicht automatisch sinnvoll ist. Die Effizienz der Polizei lässt sich nicht rein mathematisch berechnen. Viel wichtiger ist doch eine situationsbezogene Analyse der Dienststellen, um mehr Personal auf die Straße zu bringen.

### DP: Inwieweit sollen denn die Empfehlungen der Kommission umgesetzt werden?

Herrmann: Das Innenministerium schaut sich das im Detail an. Eine genaue Einschätzung liegt mir noch nicht vor, aber es wird sicher jede Empfehlung genau geprüft werden. Es gibt dabei eindeutige, aber auch umstrittene Empfehlungen. Ich gehe auch davon aus, dass der Innenausschuss mit in die Überlegungen einbezogen wird und wir dann gemeinsam über den Sinn der einzelnen Empfehlungen urteilen werden. Die Vorschläge sind fachlich so fundiert, dass es nur nützlich sein kann, diese aufzugreifen. Ein Problem ist wohl die größere Führungsspanne. Es gibt

Probleme mit der Menge von untergeordneten Dienststellen. Es ist schwierig, entsprechende Besprechungsräume zu finden und derartig große Besprechungen abzuhalten. Aber trotz der Probleme, die es immer gibt, muss man sagen: bei der Polizei klappt es einfach. Die Absprachen, die man trifft, sind verlässlich und insofern wird man auch die wenigen offenen Baustellen noch korrigieren können. Man sollte es daher mit Einsparungen auch nicht überdehnen, die Einstellungszahlen in den Jahren 2006ff. waren schon kritisch. Die Stimmung war daher zum Teil schwierig.

## Mal Klartext gesprochen - ganz persönlich als ein von der Reform Betroffener



**Martin Lehner ist Personalratsvorsitzender des Teilungspräsidiums Niederbayern. Zudem ist er Vorstandsmitglied der BG Niederbayern und stv. Vorsitzender des GdP-Landesbezirks Bayern.**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nachdem ich mich jetzt durch den Bericht der Expertenkommission gearbeitet habe, möchte ich dazu auch meine persönliche Meinung kundtun. Eigentlich genügt es, wenn man das Fazit dieser sogenannten Expertenkommission liest. Es tut mir leid, dass ich das so heftig sagen muss, aber ein dermaßen schwammiges, inhaltsloses Geschreibe habe ich schon lange nicht mehr gelesen. Schön geschrieben, schön formuliert und vor allem der erste Satz ist wichtig: „Die Ziele der Reform wurden im Wesentlichen erreicht“!! Genau das wollten sie hören, unsere politisch Verantwortlichen. Die 2003 von Herrn Dr. Stoiber in Auftrag gegebene Reform hat ihr Ziel erreicht. Aber bitte lest doch mal diese Zusammenfassung, macht euch die Mühe. Eines der Kernziele der Reform, den Verwaltungsaufwand um 25 % zu reduzieren, wurde erreicht, aber es lässt sich nicht bewei-

sen, oder wie es im Bericht steht, man konnte die Feststellung nicht valide treffen. Da steht dann geschrieben, dass durch die Reform der Verwaltungsaufwand reduziert wurde und wenn man weiterliest, ist auf einmal von einiger Mehrbelastung der Basis durch Verwaltungsaufgaben die Rede. Ja was denn nun? Die bessere Wirtschaftlichkeit nach der Reform wurde erreicht, lässt sich aber auch nicht abschließend bewerten. Also alles nur Vermutungen.

Zum wichtigsten Ziel: „Mehr Polizei auf die Straße“. Geschrieben steht: „Die Stärkung der polizeilichen Basis durch die Reform ist belegt“! Und dann im nächsten Satz: Aus den personellen Synergiegewinnen konnte keine signifikante Verstärkung der Basisdienststellen vorgenommen werden!! Auf Deutsch: Es ist kein einziger Polizist mehr auf der Straße!

Sie schreiben, dass die Basis durch die Einrichtung zentraler Pressestellen entlastet wurde. Und gleichzeitig empfehlen sie, dass man die örtliche Pressearbeit bei den Basisdienststellen gewährleisten muss. Das ist natürlich auch geschehen, irgendeiner muss diese Arbeit ja vor Ort auf der PI machen. Und dazu brauch ich was? Natürlich Personal. Eine weitere sinnvolle Empfehlung: „Die Stärkung der Führungsassistenten bei den Basisdienststellen ist notwendig.“ Auf Deutsch: Wir brauchen wieder Führungsstäbe, aber diesmal bei den Plen, sonst funktioniert

es nämlich nicht. Das überrascht mich dann doch sehr...

Wir sollen Observationseinheiten bei der KPI/Z einrichten. Auch eine sehr sinnvolle Empfehlung. Hätten wir eigentlich alles, aber leider, leider, kein Personal.

Eine weitere bahnbrechende Idee: eine Reform bei den Plen soll durchgeführt werden. PI-Leiter künftig nur noch 4. QE, damit die Qualität besser wird?? Ich ver gönne jedem, dass er in den höheren Dienst aufsteigt, aber was hat das alles mit einer Stärkung der Basis zu tun? Und welches Signal sendet man damit an die derzeitigen PI-Leiter? Wahrscheinlich läuft die nächste, offenbar bereits anstehende Reform darauf hinaus, dass wir Plen zusammenlegen und weiter alles zentralisieren. Nur eines werden wir wieder nicht erreichen: dass für unsere Bürger mehr Polizisten auf der Straße als Ansprechpartner zur Verfügung stehen und dass diejenigen, die diesen Knochenjob verrichten, besser arbeiten können. Ich könnte hier noch lange weiterschreiben, ehrlich gesagt habe ich bei der Lektüre dieses Werks teilweise lauthals lachen müssen. Obwohl das eigentlich gar nicht witzig ist. Diese Reform war unnötig wie ein Kropf und hat nur eines gebracht: Ärger und Verdross, immense Kosten und einen Haufen (sinnloser) Arbeit!

Viele Grüße

Martin Lehner



## GdP zur Forderung für beginnende Tarifverhandlung: Polizeibeschäftigte erwarten spürbare Einkommenssteigerung

Die Beschäftigten der Polizei in den Ländern erwarten von den im kommenden Jahr beginnenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst einen deutlichen Anstieg ihrer Einkommen. Bernhard Witthaut, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP): „Der Abstand zwischen den Einkommen im öffentlichen Dienst und der privaten Wirtschaft wird immer größer, eine Inflationsrate von über zwei Prozent haben die Tarifabschlüsse der letzten Jahre aufgezehrt. Wir fordern 6,5 Prozent mit einer sozialen Komponente bei einer Laufzeit von 12 Monaten sowie eine Übernahmeregelung für die Auszubildenden.“ Gemeinsam mit ver.di, GEW und der dbb-tarifunion gab die GdP am Dienstag, 11. Dezember 2012 in Berlin die Beschlüsse ihrer Gremien für die kommende Tarifrunde bekannt. Kerstin Philipp, stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende und für Tarifpolitik im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand zuständig: „Die Tarifbeschäftigten in der Polizei haben Jahre des Personalabbaus hinter sich mit dem Ergebnis ständig wachsender Aufgaben und zunehmender Arbeitsverdichtung. Sie wollen nicht auch noch zusätzlich die rote Laterne in der Einkommensentwicklung tragen.“

Auch gegenüber den Tarifbeschäftigten des Bundes und der Kommunen seien die Polizeibeschäftigten der Länder im Rückstand. Kerstin Philipp: „Unsere Geduld ist am Ende. Das werden die Arbeitgeber in den Verhandlungen spüren.“

Bei möglichen Tarifaufeinandersetzungen können sich die Angestellten in der Polizei auch der Solidarität der beamteten Kolleginnen und Kollegen sicher sein. Die GdP Bayern fordert die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die 1,2 Millionen Beamtinnen und Beamte sowie rund 650.000 Versorgungsempfänger.



Gehalts-  
sche-  
re-  
schlie-  
ßen: (v.l.)  
Kerstin  
Philipp  
(stv. GdP-  
Bundes-  
vor-  
sitzende  
Bereich

Tarif), Achim Meerkamp (ver.di Bundesvorstand), Frank Bsirske, (ver.di-Bundesvorsitzender), Klaus Dauderstädt (Vorsitzender dbb) bei der Auftakt-Presskonferenz zur Tarifrunde 2013 für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den Ländern. Foto: Zielasko

## GdP zu Debatte über mehr Videoüberwachung: Kameras können Terroristen nicht aufhalten

Auch eine intensive und flächige Videoüberwachung würde einen zu einem Terroranschlag entschlossenen Täter nicht von seinem Vorhaben abhalten, mahnte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bernhard Witthaut. „Wer eine selbstgebaute Bombe an einer belebten Stelle deponiert, lässt sich nicht durch eine Überwachungskamera aufhalten. Der Täter will sein Ziel, massiven Schaden anzurichten und gleichzeitig möglichst viele Menschen zu töten, auf jeden Fall erreichen. Dass er dabei womöglich gefilmt wird, wird ihn nicht zum Umdenken bewegen.“ Angesichts des versuchten Bombenanschlags von Bonn nun eine Ausweitung der Videoüberwachung zu fordern, sei, so Witthaut, lediglich Sicherheits-Suggestion.

Witthaut forderte unterdessen eine nachhaltige personelle Stärkung von Polizei und Sicherheitsbehörden. Prävention und Vorklärung seien unerlässlich im

hen, bedeute dagegen den Ritt auf der Rasierklinge. Unverständlich sei zudem, dass sich Innen- und Justizressort der Bundesregierung noch nicht auf eine praxistaugliche Mindestspeicherung von Telekommunikationsdaten einigen konnten.

Der GdP-Bundesvorsitzende unterstützte die Forderung des GdP-Bezirks Bundespolizei nach einer generellen Entscheidungskompetenz der Bundespolizei für geeignete Sicherheitsmaßnahmen an Bahnhöfen und Flughäfen. Qualität und Ausgestaltung der Überwachung von Verkehrsknotenpunkten müssten in sachkundiger Hand liegen und seien nicht Verhandlungsgegenstand zwischen Polizei und den Betreibern des Nah- und Fernverkehrs.



Foto: w.r.wagner - pixelio.de

Kampf gegen den extremistischen Terrorismus. Die Sparschraube fester zu zie-



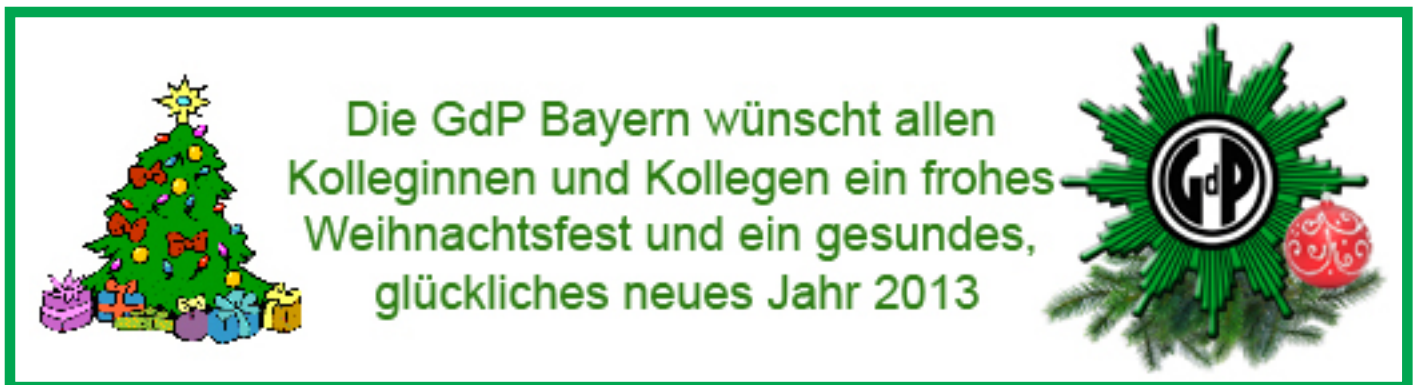
## IMK beschließt Reformen des Verfassungsschutzes

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) fordert ein klares Bekenntnis der Politik zum Staats- und Verfassungsschutz. Gleichzeitig begrüßt sie die von der Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) beschlossenen Reformen. GdP-Vorsitzender Bernhard Witthaut: „Es ist geradezu unerträglich, wenn mögliche Versäumnisse im Bereich der Bekämpfung einer rechtsterroristischen Zelle dafür genutzt werden, die über Jahrzehnte auch erfolgreiche Arbeit der Verfassungsschutzbehörden, bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Verhinderung islamistischer Anschläge in Deutschland, insgesamt zu beschädigen.“

Der Schutz der Verfassung habe Verfassungsrang und sei ein Teil der wehrhaften Demokratie, so der GdP-Chef. Witthaut: „So sehr organisatorische Veränderungen, wie ein besserer Informationsaustausch und auch die engere Bindung des Einsatzes von V-Leuten an das Bundesamt zu begrüßen sind, dürfen die Innenminister jetzt nicht auf halbem Wege stehenbleiben.“

Seit Jahren kritisiert die GdP den massiven Stellenabbau innerhalb der Sicherheitsbehörden. Witthaut: „Es konnte nicht ohne Folgen bleiben, dass die personelle wie finanzielle Ausstattung der meisten Landesverfassungsschutzämter defizitär war und ist. Nach den Terrorakten

des 11. September 2001 ist die Schwerpunktbildung innerhalb der Sicherheitsbehörden mit Wissen und auf Veranlassung der Parlamente richtigerweise zugunsten der Bekämpfung des terroristischen Islamismus vorgenommen worden. Es müssen aber alle Bereiche des politischen Extremismus und Terrorismus kontinuierlich mit einer ausreichenden Personalstärke in allen Sicherheitsbehörden beobachtet und strafrechtlich geahndet werden.“



## Sicherheitskonzept des DFL - Baustein für friedlichen Fußball

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) begrüßt, dass sich die Deutsche Fußball-Liga DFL mit ihrem Sicherheitskonzept gegenüber den Vereinen durchgesetzt hat. Dies könne jedoch nur ein erster Schritt sein. GdP-Vorsitzender Bernhard Witthaut: „Das ist ein klares Signal, für mehr Sicherheit in den Stadien zu sorgen. Das Strategiepapier löst jedoch nicht das Gewaltproblem außerhalb der Stadien, und mindert auch nicht die massive Einsatzbelastung der Polizei, besonders bei der An- und Abreise der Fans.“

Mit dem Sicherheitskonzept haben, so die GdP, die Vereine ein Instrumentarium an der Hand, die Sicherheitsbedingungen in den deutschen Fußballstadien zu verbessern und Fehlentwicklungen zu korrigieren. Witthaut: „Dieser Maßnahmenkatalog muss lageangepasst und nach den Grundsätzen der Verhältnismä-

ßigkeit angewandt werden. Überregulierungen, wie zum Beispiel durchgängige Leibesvisitationen und Nacktkontrollen lehnen wir ab. Fußballbegeisterte stehen nicht unter Generalverdacht, uns interessieren lediglich die gewaltgeneigten und -bereiten Straftäter.“

Sicher sei aber auch, so die GdP, dass die Vereine erheblich mehr finanzielle Mit-



tel in die Sicherheit investieren müssen. Witthaut: „Es liegt auch in den Händen der Vereine, den Einfluss gewaltbereiter Ultras in ihren Strukturen zurückzudrängen. Die Gewaltspirale muss auf allen Ebenen durchbrochen werden.“

Der Vorsitzende der GdP-Nordrhein-Westfalen, Arnold Plickert, ergänzte: „Dass der Ligaverband und die Vereine dem Bestreben gewaltbereiter Fangruppen, das Abbrennen von Pyrotechnik in den Stadien zuzulassen, eine klare Absage erteilt haben, ist ein wichtiges, längst überfälliges Signal, auf das nicht nur die Polizei, sondern auch die friedlichen Fans lange gewartet haben.“ Der Ligaverband und die Vereine, so Plickert weiter, bekannten sich zu ihrer Verantwortung für die Sicherheit in den Stadien. Die Polizei werde dieses Angebot zum Dialog aufgreifen und alle präventiven Konzepte unterstützen.



# Coming soon...

**(Profitieren Sie ab dem Jahr 2013 von tollen Angeboten des Unternehmens Sixt ausschließlich für die Mitglieder der GdP Bayern)**